

# Zivilprozessordnung: ZPO

Musielak / Voit

21. Auflage 2024  
ISBN 978-3-8006-7258-5  
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

werden, weil es sich insoweit um eine Tatsache handelt, welche die gesetzlich angeordnete Gesamthaftung nach § 2058 BGB aufhebt.<sup>32</sup>

#### IV. Konkurrenzen und internationale Zuständigkeit

Neben anderen gegen den Beklagten begründeten Gerichtsständen hat der Kläger gemäß § 35 die **Wahl**, 11 vor dem Gerichtsstand des § 28 zu klagen. § 28 begründet regelmäßig unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Parteien neben der örtlichen auch die internationale Zuständigkeit (Grundsatz der Doppelfunktionalität der örtlichen Zuständigkeitsnormen, vgl. → § 12 Rn. 17), da das Erbrecht einschließlich des Testamentsrechts gemäß Art. 1 Abs. 2 lit. f EuGVVO vom Anwendungsbereich der EuGVVO ausgenommen ist. Erbrechtliche Streitigkeiten iSd Vorschrift meint dabei die Geltendmachung von Ansprüchen, die aus dem Nachlass resultieren oder gegen ihn gerichtet sind und sich unmittelbar auf Erbrecht stützen (→ EuGVVO Art. 1 Rn. 5).<sup>33</sup> Insofern jedoch der Beklagte seinen Wohnsitz im Geltungsbereich der EuGVVO hat, wird § 28 verdrängt, soweit Streitigkeiten in Rede stehen, die ihre Grundlage nicht im Erbrecht haben und bei denen die Erbberechtigung nur Vorfrage ist.<sup>34</sup> So finden zB durch einen Erblasser eingegangene Verpflichtungen ihre rechtliche Grundlage nicht im Erbrecht, selbst wenn die entsprechende Forderung erst nach Eintritt des Erbfalls erhoben wird.<sup>35</sup>

### § 29 Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsorts

(1) Für Streitigkeiten aus einem Vertragsverhältnis und über dessen Bestehen ist das Gericht des Ortes zuständig, an dem die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist.

(2) Eine Vereinbarung über den Erfüllungsort begründet die Zuständigkeit nur, wenn die Vertragsparteien Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliche Sondervermögen sind.

#### Übersicht

	Rn.
I. Normzweck .....	1
1. § 29 Abs. 1 .....	1
2. § 29 Abs. 2 .....	2
II. Anwendungsbereich .....	3
1. Begriff des Vertragsverhältnisses .....	3
a) Allgemeines .....	3
b) Vertragsähnliche Sonderbeziehungen .....	4
c) Grenzen .....	6
2. Begriff der Streitigkeiten .....	9
a) Allgemeines .....	9
b) Leistungsklagen .....	10
c) Gestaltungsklagen .....	11
d) Feststellungsklagen .....	12
e) Grenzen .....	13
III. Erfüllungsort .....	14
1. Gesetzlicher Erfüllungsort, § 29 Abs. 1 .....	14
a) Allgemeines .....	14
b) Bestimmung des Erfüllungsorts .....	15
c) Haupt- und Nebenleistungspflichten .....	16
d) Gemeinsamer Erfüllungsort für Leistung und Gegenleistung .....	17
2. Natur des Schuldverhältnisses .....	18
3. Auslegungsregel des § 269 Abs. 1, 2 BGB .....	19
4. Einzelfälle .....	20
5. Vereinbarung des Erfüllungsortes, § 29 Abs. 2 .....	38
a) Allgemeines .....	38
b) Personeller Geltungsbereich .....	39
c) Abschluss der Vereinbarung .....	40
d) Zeitpunkt .....	41
e) Wirkung der Vereinbarung .....	42
f) Auslegung der Vereinbarung .....	43
IV. Prozessuales .....	44
V. Internationale Zuständigkeit .....	45
1. Allgemeines .....	45
2. Arbeitsrechtliche Streitigkeiten .....	46

#### I. Normzweck

**1. § 29 Abs. 1.** Die Vorschrift stellt einen besonderen Gerichtsstand zur Verfügung, welcher der Gewährleistung der Waffengleichheit der Parteien dient (→ § 12 Rn. 1). Wäre der Kläger auch bei Streitigkeiten aus einem Vertragsverhältnis stets darauf verwiesen, vor den Gerichten am (Wohn-)Sitz des Beklagten zu klagen, würde dieser unverdiente Vorteile in solchen Fällen erfahren, in denen der Vertrag nur geringe räumliche Beziehungen zu dessen allgemeinen Gerichtsstand aufweist. Dem Kläger wird daher

<sup>32</sup> BayObLG BeckRS 2005, 11111 = MDR 2005, 1397; Stein/Jonas/Roth Rn. 8; MüKoZPO/Patzina Rn. 5; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 7.

<sup>33</sup> Schlosser/Hess/Schlosser EuGVVO Art. 1 Rn. 18; Thomas/Putzo/Hüftege EuGVVO Art. 1 Rn. 21.

<sup>34</sup> Kropholler/v. Hein EuZivilProzR Art. 1 Rn. 28; Stein/Jonas/Roth Rn. 9f; Prütting/Gehrein/Wern Rn. 5.

<sup>35</sup> Kropholler/v. Hein EuZivilProzR Art. 1 Rn. 28; Schlosser/Hess/Schlosser EuGVVO Art. 1 Rn. 18.

die Befugnis eingeräumt, am Gericht des Erfüllungsortes zu klagen. Auf Grund der Regelung des § 269 Abs. 1 BGB wird häufig der besondere Gerichtsstand des § 29 mit dem allgemeinen nach § 13 übereinstimmen, wenn sich die Klage gegen den Schuldner richtet.<sup>1</sup> Gegenüber dem beklagten Schuldner ist diese Regelung auch deshalb zweckmäßig, weil er sich dort gegen Klagen aus dem Vertrag zu verteidigen hat, wo er zur Erbringung der Leistung verpflichtet ist.<sup>2</sup> Dadurch wird über die Gewährleistung prozessualer Chancengleichheit zwischen Kläger und Beklagten hinaus sichergestellt, dass eine Entscheidung vom örtlich und sachlich näheren Gericht<sup>3</sup> gefällt und Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren örtlich konzentriert werden.

2. **§ 29 Abs. 2.** Diese 1974 durch die Gerichtsstandsnovelle<sup>4</sup> neu gefasste Vorschrift schließt für Rechtsstreitigkeiten, an denen Nichtkaufleute beteiligt sind, die Begründung eines Gerichtsstandes durch Vereinbarungen des Erfüllungsortes aus. Damit wird der Schutz rechtlich unkundiger bzw. geschäftlich ungewandter Schuldner bezweckt, denen ein für sie ungünstiger Gerichtsstand aufgedrängt werden könnte.<sup>5</sup> Die Vorschrift dient insofern der Ergänzung und Vermeidung der Umgehung des Prorogationsverbots nach § 38 für den nichtkaufmännischen Rechtsverkehr.<sup>6</sup> Dementsprechend setzt die wirksame Begründung des Gerichtsstandes durch eine Vereinbarung des Erfüllungsortes voraus, dass es sich bei den Parteien um Kaufleute (§§ 1–3 HGB) handelt,<sup>7</sup> Soweit eine Gerichtsstandsvereinbarung zwischen Nichtkaufleuten in Rede steht, ist dagegen umstritten, ob diese auch prozessuale Wirkungen zeitigt, wenn sie materiell-rechtlich gewollt und nicht zur Umgehung des § 38 erfolgt ist (→ Rn. 42).

## II. Anwendungsbereich

3. **1. Begriff des Vertragsverhältnisses. a) Allgemeines.** Der weite Gesetzeswortlaut erfasst alle Streitigkeiten, die sich aus **Verpflichtungsverträgen** (vgl. → Rn. 6) ergeben.<sup>8</sup> Hierzu zählen auch öffentlich-rechtliche Verträge nach den §§ 54 ff. VwVfG, wenn und soweit der ordentliche Rechtsweg eröffnet ist.<sup>9</sup> Der Gerichtsstand des § 29 ist unabhängig davon begründet, ob die vertraglichen Ansprüche gegen den Rechtsnachfolger des Vertragspartners des Klägers gerichtet sind oder ob die Forderung ihrerseits auf eine andere Person übergegangen ist.<sup>10</sup> Ebenso kann auch der Begünstigte eines Vertrages zu Gunsten Dritter iSd § 328 BGB beim nach § 29 zuständigen Gericht seine Ansprüche geltend machen.<sup>11</sup> Unerheblich ist, ob Kontrahierungszwang besteht.<sup>12</sup>
4. **b) Vertragsähnliche Sonderbeziehungen.** Weiter kann aus vertragsähnlichen Sonderbeziehungen an dem Gerichtsstand des § 29 geklagt werden. Dazu gehören Ansprüche aus dem Gesichtspunkt der culpa in contrahendo iSd §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB,<sup>13</sup> wenn es zum Vertragsschluss gekommen ist,<sup>14</sup> nach richtiger Ansicht aber auch dann, wenn ein Vertrag nicht geschlossen wurde,<sup>15</sup> da materiell-rechtlich der Grund der Haftung vertraglicher Natur ist. Weiter zählt zu den von § 29 erfassten vertragsähnlichen Sonderbeziehungen jene zwischen einem Vertragspartner und dem Vertreter oder Verhandlungshelfen der anderen Partei nach §§ 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB<sup>16</sup> und die Haftung des falsus procurator aus § 179 Abs. 1 BGB.<sup>17</sup>
5. Aber auch das Rechtsverhältnis, welches aus der **Haftung gesellschaftsrechtlicher Organe** gegenüber ihren Verbänden aus §§ 93 Abs. 2, 116 AktG,<sup>18</sup> § 43 Abs. 2 GmbHG, §§ 34, 41 GenG resultiert, fällt unter § 29. Ansprüche daraus haben keinen deliktsrechtlichen Charakter, sondern sind in den quasivertraglichen Beziehungen zwischen den Beteiligten angelegt. Auch bei der Inanspruchnahme von Geschäftsführern gem. § 64 S. 1 GmbHG bzw. Gesellschaftern und organschaftlichen Vertretern der Schuldnerin gem. §§ 130a Abs. 1 und Abs. 2 S. 1, 177a HGB durch den Insolvenzverwalter wegen Veranlassung von Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzzureife ist der Gerichtsstand des Erfüllungsortes am Sitz der Gesellschaft gem. § 29 eröffnet.<sup>19</sup> Es handelt sich hierbei nicht um einen gesetzlichen Haftungsanspruch ggü. den Gläubigern der Gesellschaft.<sup>20</sup> Stattdessen entsprechen die Ansprüche, da sie aus dem organschaftlichen

<sup>1</sup> Zöller/Schultzky Rn. 1; Stein/Jonas/Roth Rn. 1.

<sup>2</sup> Geimer EuZW 1992, 518.

<sup>3</sup> LG Kiel NJW 1989, 841; Müller BB 2002, 1096; Brehm/John/Preusche NJW 1975, 26 (27); Ruzik NJW 2011, 2019 (2020 f.).

<sup>4</sup> Gesetz zur Änderung der ZPO v. 21.3.1974 (BGBl. I 753).

<sup>5</sup> BT-Drs. 7/268, 1, 5; Schilken FS Musielak, 2004, 435 (449); ähnlich Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 2, 6 (Schutz vor Missbrauch); krit. Wiecek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 87.

<sup>6</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 34; Zöller/Schultzky Rn. 26 f.; OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1298).

<sup>7</sup> LG Hamburg NJW 1976, 199.

<sup>8</sup> BGH NJW 1996, 1411; 2011, 2056 (2057 f.); Thomas/Putzo/Hüßtege Rn. 3; Stein/Jonas/Roth Rn. 4 ff.; aA MüKoZPO/Patzina Rn. 12; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 7.

<sup>9</sup> BGHZ 87, 9 (15 f.) = NJW 1983, 2312.

<sup>10</sup> BayObLG NJW-RR 2006, 15; Wiecek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 12; Stein/Jonas/Roth Rn. 12.

<sup>11</sup> Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 3; MüKoZPO/Patzina Rn. 11; AG Bremen NJW-RR 2011, 853.

<sup>12</sup> KG Berlin (28 AR 55/04) BeckRS 2005, 06208; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 7.

<sup>13</sup> BGH VersR 2010, 645; OLG München VersR 2009, 1382; NJW 1980, 1531; BayObLG NJW-RR 2002, 1502 (1503); Wiecek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 23; MüKoZPO/Patzina Rn. 8, 11; Stein/Jonas/Roth Rn. 5; Thomas/Putzo/Hüßtege Rn. 4; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 10; Loyal FS Becker-Eberhard 307 (309); aA BeckOK ZPO/Toussaint Rn. 13.

<sup>14</sup> BGH LM Nr. 1; RGZ 52, 54 (56); BayObLG VersR 1985, 741 (743).

<sup>15</sup> OLG München NJW 1980, 1531; BayObLG NJW-RR 2002, 1502 (1503); Stein/Jonas/Roth Rn. 18; aA LG Essen NJW 1973, 1703 f.; LG Arnsberg NJW 1985, 1172; LG Kiel NJW 1989, 841.

<sup>16</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 18; Zöller/Schultzky Rn. 6.

<sup>17</sup> OLG Hamburg MDR 1975, 227; Thomas/Putzo/Hüßtege Rn. 3.

<sup>18</sup> BGH NJW-RR 1992, 801; OLG München ZIP 1999, 1558; OLG München NZG 2017, 235.

<sup>19</sup> BGH (X AR 317/19) BeckRS 2019, 18542; OLG Hamburg, (11 AR 2/19) BeckRS 2019, 18543; OLG München, NZG 2017, 749; LG Frankfurt (2–23 O 321/18) BeckRS 2019, 4394 mAnm. Hölken, jurisPR–InsR 8/2019 Anm. 4; wohl hM.

<sup>20</sup> So aber LG Frankfurt a. M. NZI 2019, 473; Baumbach/Hueck/Haas GmbHG § 64 Rn. 30; erheblich zweifelnd OLG Naumburg, (1 AR 2/17) NZG 2018, 270.

Verhältnis zwischen Geschäftsführer/Gesellschafter und Gesellschaft (Anstellungsvertrag) herrühren, nach ihrem Naturell richtigerweise Ersatzansprüchen sui generis auf vertraglicher Grundlage. Hierfür sprechen neben dem eindeutigen Wortlaut des § 64 S. 1 GmbHG<sup>21</sup> auch eine einheitliche Rechtsanwendung in Bezug auf § 43 Abs. 2 GmbHG und die Verweisung in § 64 S. 4 GmbHG auf § 43 Abs. 3 und 4 GmbHG.<sup>22</sup> Der Gerichtsstand des Erfüllungsortes ist weiter dann gegeben, wenn die vertragliche Verbindlichkeit auf Grund gesellschaftsrechtlich begründeter Haftung gegen einen außerhalb des Vertragsverhältnisses Stehenden geltend gemacht werden kann. Zu solch einer abgeleiteten Haftung der Gesellschafter führen vor allem § 126 HGB<sup>23</sup> und die §§ 161, 171 HGB.<sup>24</sup> Auch die persönliche Haftung des Handelnden gemäß § 54 Abs. 2 BGB,<sup>25</sup> § 11 Abs. 2 GmbHG, § 41 Abs. 1 S. 2 AktG<sup>26</sup> sowie Ansprüche aus dem Verhältnis der Wohnungseigentümer nach § 10 Abs. 1 WEG<sup>27</sup> und aus dem Gemeinschaftsverhältnis iSd §§ 741 ff. BGB<sup>28</sup> sind erfasst.

**c) Grenzen.** Auf Grund des Wortlauts des § 29 Abs. 1, der auf die streitige „Verpflichtung“ Bezug nimmt, sind **Verfügungen** vom Anwendungsbereich ausgenommen.<sup>29</sup> Demnach gilt die Vorschrift nicht für Rechtsgeschäfte, die auf die Aufhebung, Übertragung, Belastung oder Inhaltsänderung eines Rechts gerichtet sind. Ausgeschlossen sind daher vor allem Zessionen nach § 398 BGB und Übereignungen gemäß §§ 873, 925 und §§ 929 ff. BGB. Auch erbrechtliche Verträge iSd §§ 2274 ff., § 2346 BGB,<sup>30</sup> **Schuldverhältnisse auf Grund einseitiger Willenserklärung** wie die Auslobung nach § 657 BGB,<sup>31</sup> prozessrechtliche Vereinbarungen wie etwa Schiedsverträge iSd §§ 1025 ff.<sup>32</sup> und die Geschäftsführung ohne Auftrag<sup>33</sup> sowie Insolvenzanfechtungstatbestände<sup>34</sup> sind nicht erfasst. Ebenso scheiden Ansprüche wegen **Gewinnzusagen** gemäß § 661a BGB aus,<sup>35</sup> weil es sich insoweit um die Haftung aus einem gesetzlichen und nicht vertraglichen Schuldverhältnis handelt, welches durch eine geschäftsähnliche Handlung begründet wurde (vgl. → Rn. 45, → § 32 Rn. 9).<sup>36</sup> Dagegen können Vereinbarungen unter Miterben im Rahmen der Auseinandersetzung dem Anwendungsbereich des § 29 unterfallen.<sup>37</sup>

Weiter sind gesetzliche Verpflichtungen aus Delikt nach §§ 823 ff. BGB<sup>38</sup> (→ § 32 Rn. 2 ff.), Inhaberschuldverschreibungen iSd § 794 BGB,<sup>39</sup> Ansprüche auf Erteilung einer Quittung oder Rückgabe des Schuldscheins gemäß §§ 368, 371 BGB oder solche aus ungerechtfertigter Bereicherung (§§ 812 ff. BGB) ausgenommen. Im Rahmen **kondiktionsrechtlicher Ansprüche** ist jedoch zu unterscheiden. Im Allgemeinen gilt, dass für diese Ansprüche der Gerichtsstand des § 29 nicht eröffnet ist,<sup>40</sup> weil es sich nicht um Ansprüche vertraglicher Art handelt. Dabei ist jedoch der Kläger im Hinblick auf das zuständige Gericht nach § 29 besonders deshalb und dann schutzbedürftig, wenn die Nichtigkeit des Vertrages (zB nach § 142 Abs. 1 BGB) seine Ursache in einem Verhalten des Beklagten findet.<sup>41</sup> Der zunächst vorgenommene Leistungsaustausch auf Grund (vermeintlichen) Vertrages rechtfertigt insofern keine unterschiedliche Behandlung der Rückabwicklung im Bereicherungsrecht im Vergleich zu einer solchen nach erfolgtem Rücktritt iSd § 346 BGB. So zeitigt das Gegenseitigkeitsverhältnis des fehlgeschlagenen Vertrages nach der Saldotheorie<sup>42</sup> auch Wirkungen auf das Rückabwicklungsverhältnis.<sup>43</sup> Das Fortwirken des inneren Zusammenhangs zwischen den ausgetauschten Leistungen ist daher auch im Rahmen des § 29 zu berücksichtigen, weshalb Ansprüche aus Leistungskondiktion auf Grund nichtiger Verträge dem Anwendungsbereich der Norm unterfallen.<sup>44</sup> Auf Grund der engen Verknüpfung zur vertraglichen Beziehung wird dies auch dann angenommen, wenn bei bestehendem Vertrag die Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bereicherungsrecht verlangt wird.<sup>45</sup>

Familienrechtlich begründete Verpflichtungen wie beispielsweise das Verlöbnis iSd §§ 1298 ff. BGB werden nicht vom Gerichtsstand des § 29 in Bezug genommen. Wegen seiner besonderen Rechtsnatur kann das **Verlöbnis** als Vertragsverhältnis im weiteren Sinn anderen schuldrechtlichen Vereinbarungen nicht gleichgesetzt werden.<sup>46</sup> Die Unklagbarkeit der Einlösung des Eheversprechens, § 1297 Abs. 1 BGB,

<sup>21</sup> OLG München NZG 2017, 749.

<sup>22</sup> Vgl. auch Hölken, jurisPR-InsR 8/2019 Anm. 4.

<sup>23</sup> RGZ 32, 44 f.

<sup>24</sup> RGZ 46, 352 f.; BayObLG BeckRS 2002, 30281233 = MDR 2002, 1360; OLG Schleswig BB 2002, 462.

<sup>25</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 15.

<sup>26</sup> OLG München OLGZ 1966, 424 (425 f.).

<sup>27</sup> OLG Stuttgart Justiz 2000, 85.

<sup>28</sup> OLG Karlsruhe OLGR 2000, 191.

<sup>29</sup> OLG Celle MDR 1962, 992.

<sup>30</sup> OLG Celle MDR 1962, 992; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3; Zöller/Schultzky Rn. 11; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 4 „Erbvertrag“; MüKoZPO/Patzina Rn. 12; Stein/Jonas/Roth Rn. 7, 8 (einschr. bzgl. Miterbenausschließung).

<sup>31</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 12; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3.

<sup>32</sup> BGH NJW 1952, 1336; Zöller/Schultzky Rn. 12; MüKoZPO/Patzina Rn. 12; aA Stein/Jonas/Roth Rn. 8.

<sup>33</sup> BayObLG MDR 1981, 233 (234); OLG Hamm IBR 2012, 303.

<sup>34</sup> Mock ZInsO 2009, 470 (473).

<sup>35</sup> AA Zöller/Schultzky Rn. 6 f., 25 „Gewinnzusage“.

<sup>36</sup> Vgl. EuGH NJW 2005, 811 (812); BGH NJW 2006, 230 (232); 2004, 1652 f.; Lorenz NJW 2000, 3305 (3307); ders. IPRax 2002, 192 f.; Lorenz/Unberath IPRax 2005, 219 (221 ff.); aA Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3 unter Verweis auf OLG Dresden MDR 2005, 591, wobei dort nur die Anwendbarkeit von § 32 ausgeschlossen wurde.

<sup>37</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 8; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 4, 10.

<sup>38</sup> RGZ 2, 408 (410).

<sup>39</sup> Zöller/Schultzky Rn. 15; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 4 „Inhaberpapier“.

<sup>40</sup> BGH NJW 1996, 1412; BayObLG BB 1990, 2442; Stein/Jonas/Roth Rn. 6.

<sup>41</sup> Vgl. MüKoZPO/Patzina Rn. 6; krit. Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 26.

<sup>42</sup> BGH NJW 1995, 454 (455); 1999, 1181.

<sup>43</sup> Grüneberg/Sprau § 818 Rn. 47; Medicus/Petersen, Rn. 228 f.

<sup>44</sup> Mues ZIP 1996, 742; Zöller/Schultzky Rn. 6 f., 13; MüKoZPO/Patzina Rn. 6; Stein/Jonas/Roth Rn. 6; Spickhoff ZJP 109 (1996), 510; in diese Richtung auch OLG Saarbrücken NJW 2005, 906 (907); aA Zimmermann ZPO Rn. 5b; RGZ 49, 421; BGH NJW 1962, 739; BayObLG BB 1990, 2442.

<sup>45</sup> OLG Stuttgart BauR 1996, 149; OLGR 2004, 362.

<sup>46</sup> Vgl. BGHZ 20, 195 (196); 28, 375 (377); Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3.

sowie die Rechtsnatur des Anspruchs aus § 1301 BGB<sup>47</sup> als selbständigen besonderen Rechtsgrund für einen Bereicherungsanspruch schließen eine Anwendung des § 29 aus.<sup>48</sup> Gleichmaßen muss bei familienrechtlichen Verträgen, die eine Konkretisierung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung darstellen, die Anwendung des § 29 ebenso versagt bleiben<sup>49</sup> wie bei einem Anspruch aufgrund der Mitverpflichtung des Ehepartners gemäß § 1357 Abs. 1 S. 2 BGB.<sup>50</sup> Die verfassungsrechtlich nicht zu beanstandende Ungleichbehandlung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen<sup>51</sup> und die fehlende Kongruenz von Verlöbnis und nichtehelicher Lebensgemeinschaft<sup>52</sup> lassen bei letzterer eine andere Beurteilung zu. So unterfallen Verpflichtungsverträge zwischen Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft dem § 29.<sup>53</sup>

- 9 **2. Begriff der Streitigkeiten. a) Allgemeines.** Die Regelung des § 29 erfasst alle **Klagen** und Anträge auf **vorläufigen Rechtsschutz**, denen (vermeintliche) Ansprüche aus Verpflichtungsverträgen zugrunde liegen.<sup>54</sup> Die Vorschrift greift daher grundsätzlich bei Leistungs-, Gestaltungs- und Feststellungsklagen genauso wie bei Arrestanträgen (§ 919) und solchen auf Erlass einer einstweiligen Verfügung (§ 937) ein. Welches Recht zwischen den Parteien anwendbar ist, ob es sich um eine vermögens- oder nichtvermögensrechtliche Streitigkeit handelt<sup>55</sup> oder worauf der Anspruch gerichtet ist, hat auf die Anwendbarkeit des § 29 keinen Einfluss.<sup>56</sup> Der Antrag kann gegen den Vertragspartner gerichtet sein oder gegen Dritte wie etwa die abgeleitete haftenden Gesellschafter nach §§ 126,<sup>57</sup> 161, 171 HGB (→ Rn. 5)<sup>58</sup> oder etwaige Rechtsnachfolger (vgl. → Rn. 3).
- 10 **b) Leistungsklagen.** Dazu gehören insbesondere solche, die auf Erfüllung des Vertrages gerichtet sind. Unerheblich ist dabei, ob die vertragliche Verpflichtung Haupt- oder Nebenleistung ist bzw. in einem Tun, Dulden oder Unterlassen besteht. § 29 ist daher auch auf Streitigkeiten wegen selbständiger vertraglicher Nebenpflichten wie der Abnahme der Ware beim Kaufvertrag nach § 433 Abs. 2 BGB, der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung oder Zahlung einer Vertragsstrafe anwendbar.<sup>59</sup> Aber auch Klagen auf **Rückgewähr der Leistung** gehören hierher, etwa wenn der Vertrag unter auflösender Bedingung geschlossen wurde,<sup>60</sup> ein vertragliches oder gesetzliches Rücktrittsrechts iSd § 346 BGB<sup>61</sup> oder aber Ansprüche aus § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB auf Grund nichtigen Vertrages geltend gemacht werden (→ Rn. 7).<sup>62</sup> Die Vorschrift erfasst Streitigkeiten aus Vertriebsvereinbarungen, die einem Makler Provisionsansprüche einräumen.<sup>63</sup> Weiter gehören hierher die Anträge, welche auf **Schadensersatz** wegen Verletzung einer vertraglichen Haupt- oder Nebenpflicht (insbesondere § 280 BGB) gerichtet sind.<sup>64</sup> Hierunter fällt auch das von §§ 280, 311 Abs. 2, 3, 241 Abs. 2 BGB gesetzlich geregelte Verschulden bei Vertragsschluss<sup>65</sup> und die Pflichtverletzung (früher: positive Vertragsverletzung).<sup>66</sup> Die Inanspruchnahme des *falsus procurator* nach § 179 Abs. 1 BGB (→ Rn. 4), der Ersatz des negativen Interesses gemäß § 122 Abs. 1 BGB<sup>67</sup> und Klagen auf Zustimmung zur Auszahlung von Auseinandersetzungsguthaben nach Beendigung einer GbR werden ebenfalls erfasst.<sup>68</sup> Auch hierunter zu fassen sind Schadensersatzforderungen wegen Pflichtverletzung eines Organs einer AG.<sup>69</sup> Insbesondere erfasst sind zudem die Haftung des Gesellschafters für die Vertragsschulden der OHG (§ 128 HGB)<sup>70</sup> und die des Kommanditisten für die KG (§§ 161, 171 HGB)<sup>71</sup> sowie die Klage wegen Haftung des Handelnden (§ 41 Abs. 1 S. 2 AktG, § 11 GmbHG, § 54 BGB)<sup>72</sup>.
- 11 **c) Gestaltungsklagen.** Gestaltungsklagen unterfallen dem Gerichtsstand des § 29 insoweit, wie sie die Anpassung eines Vertrages, dessen Umgestaltung oder dessen Aufhebung betreffen.<sup>73</sup> Dazu gehören etwa solche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 1 BGB), auf Auflösung der Gesellschaft oder Ausschluss eines Gesellschafters (§§ 139 Abs. 1, 134 S. 1), auf Bestimmung der vertragsgemäßen Leistung

<sup>47</sup> RGZ 23, 172; aA OLG Celle MDR 1949, 368.

<sup>48</sup> BGH LM Nr. 8 (7/1996) mAnm Geimer = NJW 1996, 1411 (1412); Mankowski IPRax 1997, 175; RSG Zivil-ProzR § 36 Rn. 11; MüKoZPO/Patzina Rn. 12; aA Stein/Jonas/Roth Rn. 8; wohl auch Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 12 aE.

<sup>49</sup> BayObLG NJW-RR 1999, 1293 (1294); OLG Dresden MDR 2000, 1325; Zöller/Schultzky Rn. 10; aA MüKoZPO/Patzina Rn. 12; AG Siegburg MDR 1998, 61; Stein/Jonas/Roth Rn. 8.

<sup>50</sup> LG Heidelberg NJW-RR 2014, 777; vgl. auch EuGH (C-26/91) BeckRS 2004, 75771 (zu Art. 5 EuGVVO).

<sup>51</sup> BVerfG FamRZ 2003, 356.

<sup>52</sup> Grüneberg/Götz Einl. vor § 1297 Rn. 10.

<sup>53</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 8; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 9; Zöller/Schultzky Rn. 10.

<sup>54</sup> Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3f.; Stein/Jonas/Roth Rn. 4ff.; BGH NJW 1996, 1411; 2011, 2056 (2058).

<sup>55</sup> RGZ 7, 338 (340); OLG Celle MDR 1949, 368.

<sup>56</sup> Wieczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 14.

<sup>57</sup> RGZ 32, 44f.

<sup>58</sup> RGZ 46, 352f.; BayObLG MDR 2002, 1360; OLG Schleswig BB 2004, 462.

<sup>59</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 3; Zöller/Schultzky Rn. 18; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403 (Vertragsstrafe gegen GbR).

<sup>60</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 16; MüKoZPO/Patzina Rn. 5.

<sup>61</sup> BGH NJW 1983, 1479; 1962, 739; RGZ 32, 430 (431f.); BayObLG NZM 2002, 796; MDR 2004, 646; OLG Saarbrücken NJW 2005, 906 (907); OLG Düsseldorf (I-22 W 19/13) BeckRS 2013, 12957; OLG Karlsruhe BB 2013, 1601; MüKoZPO/Patzina Rn. 5; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 4.

<sup>62</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 6 aE; Stein/Jonas/Roth Rn. 16; vgl. auch OLG Saarbrücken NJW 2005, 906 (907).

<sup>63</sup> KGR 2000, 232.

<sup>64</sup> OLG Schleswig OLGR 2005, 631; OLG Saarbrücken NJW 2000, 670 (671); BayObLG NJW 2002, 2888.

<sup>65</sup> BayObLG NZM 2002, 796; VersR 1985, 741 (743); Zimmer NJW 2002, 1 (6f.); Jaernig/Hess ZivProzR § 9 Rn. 24; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 4; aA LG Kiel NJW 1989, 841.

<sup>66</sup> BGH NJW 1974, 410f.; BayObLG BB 2001, 1923; 1997, 1868 mAnm Vollkommer EWiR § 36 1/98, 141.

<sup>67</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 8; Zöller/Schultzky Rn. 19, 6.

<sup>68</sup> OLG Zweibrücken EWiR 1/98, 911 mAnm Schneider.

<sup>69</sup> Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 4.

<sup>70</sup> RGZ 32, 44.

<sup>71</sup> RGZ 46, 352.

<sup>72</sup> OLG München OLGZ 196, 424.

<sup>73</sup> Zöller/Schultzky Rn. 20; Stein/Jonas/Roth Rn. 17.

(§§ 315 ff. BGB) sowie Herabsetzung der Vertragsstrafe (§ 343 Abs. 1 S. 1 BGB), des Anwaltshonorars (§ 4 Abs. 4 RVG) oder des Maklerlohns (§ 655 BGB).<sup>74</sup>

**d) Feststellungsklagen.** Feststellungsklagen iSd § 256 werden von der Vorschrift erfasst, sofern sie das Bestehen oder Nichtbestehen<sup>75</sup> einzelner vertraglicher Verpflichtungen oder des gesamten Vertrages zum Gegenstand haben. Nicht zulässig ist die bloße Feststellung des Abschlusses des Vertrages, weil dies nicht dem von § 256 Abs. 1 geforderten Rechtsverhältnis unterfällt.<sup>76</sup>

**e) Grenzen.** Die Vorschrift greift nicht ein, soweit ausschließliche Gerichtsstände zu berücksichtigen sind. Das ist der Fall bei Streitigkeiten aus Miet- oder Pachtverhältnissen gemäß § 29a, außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen (Haustürgeschäfte) iSd § 29c Abs. 1 S. 2, Fernunterrichtsverträgen nach § 26 FernUSG und bei der Zuständigkeit für das Mahnverfahren aus § 689 Abs. 2 S. 1, 2. Sofern die ausschließliche Zuständigkeit des Familiengerichts (zB §§ 122, 152, 170, 187, 201, 218, 232, 262, 267 FamFG) begründet ist, kommt § 29 ebenfalls nicht zur Anwendung. Aber auch wirksam nach § 38 vorgenommene Gerichtsstandsvereinbarungen und die besonderen (nicht ausschließlichen) Gerichtsstände der §§ 603, 605a für Ansprüche aus Wechsel oder Scheck sind zu beachten; für das Aufgebotsverfahren gilt § 466 FamFG. Im Übrigen können **Anfechtungsklagen** gemäß §§ 129 ff. InsO<sup>77</sup> oder nach §§ 3 ff. AnfG<sup>78</sup> nicht vor dem Vertragsgerichtsstand erhoben werden. Ebenso wenig gehören **Aussonderungsklagen** gegen den Insolvenzverwalter hierher.<sup>79</sup> Wegen Klagen von Massegläubigern auf Grund der Erfüllungswahl des Verwalters aus § 103 InsO kommt demgegenüber § 29 zur Anwendung (vgl. auch die Erl. zu § 19a). Als selbständige Bereicherungstatbestände fallen familienrechtlich begründete Ansprüche aus §§ 1301, 812 ff. bzw. §§ 531 Abs. 2, 812 ff. BGB nicht in den sachlichen Geltungsbereich des § 29 (→ Rn. 8).

### III. Erfüllungsort

**1. Gesetzlicher Erfüllungsort, § 29 Abs. 1. a) Allgemeines.** Die Regelung des § 29 Abs. 1 bestimmt als zuständiges Gericht dasjenige an dem Ort, wo die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist. Dabei genügt für die Begründung des Vertragsgerichtsstandes, dass zumindest ein Teil der Leistung im Bezirk des angerufenen Gerichts zu erbringen ist.<sup>80</sup> Handelt es sich um mehrere Verpflichtungen, ist nicht zwingend ein einheitlicher Erfüllungsort gegeben; vielmehr ist grundsätzlich der Erfüllungsort **für jede Verpflichtung gesondert** zu bestimmen.<sup>81</sup> Dies gilt auch für die Geltendmachung synallagmatisch verknüpfter Leistungspflichten.<sup>82</sup> Aus den Umständen des Vertrages kann sich dabei ergeben, dass dennoch ein gemeinsamer Erfüllungsort anzunehmen ist (→ Rn. 17).<sup>83</sup> Soweit die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens des gesamten Vertrages zu beurteilen ist, ist auf den Erfüllungsort für die klägerische Hauptleistungspflicht abzustellen.<sup>84</sup>

**b) Bestimmung des Erfüllungsorts.** Der Ort der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung folgt aus **sachlichem Recht**, dh er bestimmt sich danach, wo auf Grund materiell-rechtlicher Vorschriften oder (ausdrücklicher oder konkludenter) Parteivereinbarung die im Streit befindliche vertragliche Verpflichtung zu erfüllen ist.<sup>85</sup> Für die prozessual beachtliche Vereinbarung eines Erfüllungsortes sind dabei die Voraussetzungen des § 29 Abs. 2 zu berücksichtigen (→ Rn. 38 ff.). Als gesetzliche Sonderregelungen kommen vor allem die §§ 374 Abs. 1, 604 Abs. 1, 697, 700 Abs. 1 S. 3, 811 Abs. 1, 1194 BGB, § 36 VVG, Art. 1 Nr. 5, Art. 2 Abs. 3, Art. 75 Nr. 4, Art. 76 Abs. 3 WG, Art. 1 Nr. 4, Art. 2 Abs. 2, 3 ScheckG in Betracht.

**c) Haupt- und Nebenleistungspflichten.** Im Hinblick auf vertragliche Nebenleistungspflichten normiert § 269 Abs. 3 BGB eine negative Auslegungsregel. Derzufolge kann aus der Vertragspflicht des Schuldners, die **Versendungskosten** zu tragen, nicht darauf geschlossen werden, dass der Bestimmungsort auch Leistungsort sei.<sup>86</sup> Soweit die Parteien des Vertrages keine Abrede darüber getroffen haben, sind Nebenpflichten regelmäßig am Ort der Hauptleistungspflicht zu erfüllen.<sup>87</sup> Das gilt insbesondere für Ansprüche auf **Auskunfts- und Rechnungslegung**,<sup>88</sup> eine Vertragsstrafverpflichtung,<sup>89</sup> Aufklärungspflichten<sup>90</sup> oder ein Unterlassungsbegehren.<sup>91</sup> Ebenso bestimmt der Übergabeort der verkauften Sache den Ort, an dem vertraglich geschuldete Beratungen zu erbringen sind.<sup>92</sup> Wird **Schadensersatz** verlangt, ist auf die den Anspruch begründende Pflichtverletzung abzustellen, weil die Schadensersatzpflicht Surrogat

<sup>74</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 7; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 21.

<sup>75</sup> OLG Celle (3 U 157/19) BeckRS 2020, 6552; LG Saarbrücken WM 1985, 939 (940).

<sup>76</sup> Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 7; Stein/Jonas/Roth Rn. 14.

<sup>77</sup> RGZ 30, 402; OLG Karlsruhe MDR 1979, 681.

<sup>78</sup> BayObLG BB 1990, 2442.

<sup>79</sup> RGZ 31, 392 (393); Zöller/Schultzky Rn. 15; aA Stein/Jonas/Roth Rn. 5.

<sup>80</sup> LG Trier NJW-RR 2003, 287 (288) (zu Art. 5 Nr. 1 EuGVU).

<sup>81</sup> BGH NJW 2004, 54 = BB 2003, 2709; BayObLG BB 1983, 1696; NJW-RR 1997, 699; Womelsdorf MDR 2001, 1161.

<sup>82</sup> RGZ 140, 69; BGH NJW 1995, 1546 f.; 1986, 935; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2175; MüKoZPO/Patzina Rn. 20.

<sup>83</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 19.

<sup>84</sup> RGZ 56, 138; Stein/Jonas/Roth Rn. 14, 20; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 16.

<sup>85</sup> Eingehend zur Bestimmung des Erfüllungsorts BGH NJW-RR 2013, 309; 2007, 777; Fehrenbach ZJP 2016, 295 ff.; MüKoZPO/Patzina Rn. 19; Einsiedler NJW 2001, 1549; Geimer DNotZ 1996, 1054; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 24.

<sup>86</sup> Wieczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 40.

<sup>87</sup> RGZ 70, 199; OLG München OLGR 2009, 332; Fricke VersR 1997, 404; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 15; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403; diff. hierzu Fehrenbach ZJP 2016, 295 (300 f.).

<sup>88</sup> BGH NJW 2002, 2703 (Depotvertrag); OLG Düsseldorf NJW 1974, 2185; LG Offenburg ZIP 1988, 1562 (1563).

<sup>89</sup> RGZ 69, 12; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403.

<sup>90</sup> OLG München OLGR 2009, 332.

<sup>91</sup> OLG Dresden OLG-NL 2002, 210.

<sup>92</sup> OLG Celle RIW 1985, 571 (575).

für die ursprüngliche Verpflichtung ist;<sup>93</sup> soweit dies eine Nebenpflicht ist, bestimmt wiederum die entsprechende Hauptleistungspflicht den Erfüllungsort.<sup>94</sup> Im Rückgewährschuldverhältnis nach Rücktritt ist die Rückgabeverpflichtung maßgeblich. Dabei ist auf den Ort abzustellen, wo sich die zurückzugewährende Leistung im Zeitpunkt des Rücktritts vertragsgemäß befindet (sog. Austauschort).<sup>95</sup>

**17 d) Gemeinsamer Erfüllungsort für Leistung und Gegenleistung.** Zwar ist auch bei gegenseitigen Verträgen der Erfüllungsort für jede Verpflichtung gesondert zu bestimmen und nicht notwendig einheitlich (→ Rn. 14).<sup>96</sup> Bei **ortsbezogenen Verpflichtungen** folgt jedoch nach überwiegender Ansicht der Erfüllungsort der Gegenleistung dem der vertragscharakteristischen Leistung.<sup>97</sup> Zu Recht wird kritisch darauf aufmerksam gemacht, dass damit der Schutz des Gläubigers der Gegenleistung zu Gunsten der Entscheidung durch ein orts- und damit sachnahes Gericht vernachlässigt wird.<sup>98</sup> Auch wenn eine vertragscharakteristische Leistungspflicht besteht, lässt sich allein hieraus noch nicht herleiten, dass diese den Schwerpunkt des Vertrags bestimme. Das Grundprinzip des gegenseitigen Vertrags, welches – entsprechend den Vorstellungen der Vertragsparteien – von der Gleichwertigkeit der beiderseitigen Leistungen ausgeht, widerspricht der Begründung eines einheitlichen Erfüllungsortes nur anhand der einen Leistungspflicht.<sup>99</sup> Deshalb kann ein solcher Erfüllungsort nur ausnahmsweise zugrunde gelegt werden, wenn besondere zusätzliche Umstände aus der Natur des Vertrages eine Auseinandersetzung an einem Vertragsgerichtsstand interessengerecht erscheinen lassen.<sup>100</sup> Insofern kommen etwa Barkäufe des täglichen Lebens (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“),<sup>101</sup> Bauwerksverträge (vgl. → Rn. 36 „Werkverträge“)<sup>102</sup> oder aber Arbeitsverträge (vgl. → Rn. 20)<sup>103</sup> in Betracht. So ist erstgenannten Verträgen die Charakteristik eigen, sofort erledigt zu werden, bei Bauwerksverträgen erfolgt eine ortsgebundene Errichtung des Werkes und eine dortige Abnahme seitens des Bestellers und bei Arbeitsverträgen ist am Ort der Erbringung der Arbeitsleistung auch eine besondere Fürsorgepflicht seitens des Arbeitgebers begründet.<sup>104</sup>

**18 2. Natur des Schuldverhältnisses.** Soweit keine gesetzlichen Sonderregelungen (vgl. → Rn. 15) oder eine Parteivereinbarung eingreifen, ist der Erfüllungsort den vertraglichen Umständen zu entnehmen. Dabei ist gemäß § 269 Abs. 1 BGB insbesondere auf die Natur des Schuldverhältnisses abzustellen und unter Kaufleuten sind etwa bestehende Handelsbräuche zu berücksichtigen, § 346 HGB.<sup>105</sup>

**19 3. Auslegungsregel des § 269 Abs. 1, 2 BGB.** Nur soweit keine Bestimmung über den Erfüllungsort getroffen ist und dieser sich nicht aus den Umständen ergibt, hat die Leistung an dem Ort zu erfolgen, an welchem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz hatte, § 269 Abs. 1 BGB. Damit kommt subsidiär der Wohnsitz nach §§ 7 ff. BGB, bei einer Gesellschaft deren Sitz (→ § 17 Rn. 7 ff.)<sup>106</sup> und bei einer im Gewerbebetrieb des Schuldners entstandenen Verbindlichkeit der Ort der Niederlassung (§ 269 Abs. 2 BGB) zum Tragen. Gemäß § 269 Abs. 1 BGB ist der Zeitpunkt der Entstehung des Schuldverhältnisses maßgebend; ein späterer Wohnsitz- oder Niederlassungsortwechsel ist unbeachtlich.<sup>107</sup> Eine Ausnahme bildet insoweit die Vorschrift des § 36 VVG, welche für die Prämienzahlung auf den jeweiligen Wohnsitz bzw. Sitz der Niederlassung des Versicherungsnehmers abstellt.

#### 4. Einzelfälle

**20 – Anwaltsverträge.** Bei Klagen auf Zahlung des Anwaltshonorars ist in der Regel nicht auf den Ort des Kanzleisitzes, sondern auf den Wohnsitz des Beklagten zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses (§ 269 Abs. 1 BGB) abzustellen.<sup>108</sup> Angesichts der Wandlung des Berufsbildes des Rechtsanwalts, den Wegfall der Zulassungsbeschränkungen für die vor den Landgerichten geführten Verfahren, die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Natur des Anwaltsvertrages ist nicht mehr ein einheitlicher Erfüllungsort am Sitz der Kanzlei anzunehmen.<sup>109</sup> Damit liegt auch der Erfüllungsort für Ansprüche aus solchen Verträgen auf Zahlung des Honorars nicht am Ort der Kanzlei, sondern vielmehr ist Erfüllungsort für die Gebührenschuld als Geldschuld iSd § 270 BGB der Wohnsitz des Mandanten, soweit keine

<sup>93</sup> RGZ 55, 423; BGHZ 134, 201 (205) (zu Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ); BayObLG MDR 1998, 737; NJW 2002, 2888; OLG Schleswig OLGR 2005, 630; 2005, 631; OLG Frankfurt a. M. OLGR 2005, 568; Musielak/Voit GK ZPO Rn. 93.

<sup>94</sup> OLG München OLGR 2009, 332.

<sup>95</sup> RGZ 155, 105 (111); BGHZ 87, 105 (109 f.); OLG Bremen OLGR 2003, 99; KG (2 AR 9/16) BeckRS 2016, 06514; siehe auch LG München I (31 O 4974/16) BeckRS 2016, 09837; Stein/Jonas/Roth Rn. 21.

<sup>96</sup> BGH NJW 2004, 54 = BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15.

<sup>97</sup> BGH NJW 1996, 1411 (1412); Stein/Jonas/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina Rn. 24; Zöller/Schultzky Rn. 24 f.; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 19 ff.; Grüneberg/Grüneberg § 269 Rn. 11 ff.; ausf. Staudinger/Artz NJW 2011, 3121; abl. Einsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662); Schmidt MDR 1993, 410; Prechtel NJW 1999, 3617 (3618); Siemon MDR 2002, 366.

<sup>98</sup> AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 41; vgl. auch Prechtel BGHReport 2004, 183.

<sup>99</sup> Einsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662 f.); Schmidt MDR 93, 410; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174 (2175); LG Mainz NJW 2003, 1612; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.

<sup>100</sup> BGH BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15; vgl. Stöber NJW 2006, 2661 (2663); ders. AGS 2006, 413 (414).

<sup>101</sup> BGH MDR 2003, 402.

<sup>102</sup> BGH NJW 1986, 935.

<sup>103</sup> BAG NZA 2003, 339.

<sup>104</sup> BGH BB 2003, 2709; Prechtel MDR 2003, 667 (668).

<sup>105</sup> BGH NJW 1981, 2042 (2043); LG Waldshut-Tiengen RIW 1979, 784 (785).

<sup>106</sup> BayObLG ZIP 2002, 1998 (Sitz einer GbR).

<sup>107</sup> BGH NJW 2004, 54; 1988, 1914; NJW-RR 2004, 932; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG München (34 AR 53/17) BeckRS 2017, 107903; OLG München BeckRS 2007, 11816 = MDR 2007, 1278 (1279); OLG Zweibrücken EWiR 1998, 1032; OLG Stuttgart NJW 1987, 1076; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 34.

<sup>108</sup> BGH NJW 2004, 54; NJW-RR 2004, 932; BB 2003, 2709; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174; LG Frankfurt a. M. NJW 2001, 2640; OLG Frankfurt a. M. NJW 2001, 1583; AG Spandau NJW 2000, 1654; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802; Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. BGHReport 2004, 183; Balthasar JuS 2004, 571; Krügermayer-Kalthoff MDR 2004, 166; Schneider AnwBl 2004, 121; AG Potsdam NJW-RR 2003, 1080; LG Hanau MDR 2002, 1032; AG Hamburg-Bergedorf MDR 2002, 851; LG Ravensburg BRAK-Mitt. 2002, 99.

<sup>109</sup> Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. MDR 2003, 667 (668); ders. BGHReport 2004, 183; OLG Dresden NJW-RR 2002, 929; ausf. dazu Stöber AGS 2006, 413 (416).

andere Bestimmung getroffen ist, § 269 Abs. 1 BGB.<sup>110</sup> Sie ist nicht am Wohnsitz des Beklagten zu erfüllen, weil die streitige Leistungspflicht nicht von einer Beschaffenheit ist, die es als sachgerecht und im mutmaßlichen Willen der Parteien stehen erscheinen lässt, am Wohnsitz des Beklagten erfüllt zu werden.<sup>111</sup> Zudem ist durch den besonderen Wahlgerichtsstand des § 34 ZPO sichergestellt, dass für Gebührenklagen von Prozessbevollmächtigten die besondere Sachkunde des Gerichts des Hauptprozesses genutzt werden kann.<sup>112</sup> Im Hinblick auf Mandanten, die ihren (Wohn-)Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, ist jedoch Art. 7 Nr. 1 lit. b Alt. 2 EuGVVO zu berücksichtigen; maßgeblich ist idR der Kanzleisitz als einheitlicher Erfüllungsort.<sup>113</sup>

- **Arbeitsverträge.** Im Hinblick auf den Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 ist bei Arbeitsverhältnissen idR von einem einheitlichen (gemeinsamen) Erfüllungsort auszugehen (→ Rn. 17).<sup>114</sup> Maßgebend ist der wirtschaftliche und technische Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses.<sup>115</sup> Abzustellen ist daher nicht auf den Unternehmenssitz,<sup>116</sup> sondern grundsätzlich auf den Beschäftigungsort, an dem der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung zu erbringen hat.<sup>117</sup> Dieser Gerichtsstand des Erfüllungsorts gilt für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis.<sup>118</sup> Auf die Frage, von wo aus das Arbeitsentgelt gezahlt wird und wo sich die Personalverwaltung befindet, kommt es regelmäßig nicht an. Lässt sich wegen wechselnder Einsatzorte ein Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses nicht bestimmen, ist der Ort entscheidend, an dem das Direktionsrecht durch Weisungerteilung ausgeübt wird,<sup>119</sup> regelmäßig handelt es sich dabei um den Betriebs-sitz.<sup>120</sup> Der Erfüllungsort für die Arbeitsleistung eines für die Bearbeitung in einem größeren fest bestimmten Bezirk reisenden Angestellten ist jedoch dessen Wohnsitz, wenn er von dort aus seine Reisetätigkeit ausübt. Dies gilt unabhängig davon, ob er täglich nach Hause zurückkehrt und in welchem Umfang er vom Betrieb Anweisungen für die Gestaltung seiner Reisetätigkeit erhält.<sup>121</sup> Bei fliegendem Personal (Piloten/innen und Flugbegleiter/innen) ist für den besonderen Gerichtsstand des Arbeitsortes regelmäßig gem. § 48 Abs. 1a S. 2 ArbGG an den vertraglich als „Heimatabasis“ vereinbarten Flughafen anzuknüpfen.<sup>122</sup> Nach anderer Ansicht ist auch insofern auf den Ort abzustellen, von dem aus die Arbeitsleistungen tatsächlich gelenkt werden.<sup>123</sup> Die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts richtet sich nicht nach dem Erfüllungsort des Arbeitsverhältnisses idS § 29 Abs. 1, sondern nach dem Unternehmenssitz des beklagten Arbeitgebers gemäß § 17 Abs. 1, wenn sich der Arbeitnehmer bereits in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitverhältnisses nach dem Blockmodell befindet.<sup>124</sup>
- **Architektenverträge.** Zur Bestimmung des Erfüllungsortes ist darauf abzustellen, ob dem Architekten die umfassende Baubetreuung mit Folge der Überwachung und Kontrolle als ortsbezogenes Geschäft am Ort der Baustelle<sup>125</sup> anvertraut ist. In diesem Fall liegt der gemeinsame Erfüllungsort entsprechend den Grundsätzen beim Werkvertrag über ein Gebäude (→ Rn. 36) beim Bauwerk.<sup>126</sup> Ist der Architekt dagegen lediglich mit Aufgaben der Planung betraut, wird ein gemeinsamer Erfüllungsort für die Vertragsverpflichtungen am Ort des Bürositzes des beauftragten Architekten angenommen.<sup>127</sup> Nach richtiger Ansicht ist jedoch entsprechend dem Grundsatz der Bestimmung des Erfüllungsortes für jede Pflicht gesondert (→ Rn. 14) nach § 269 Abs. 1 BGB für die Planungsleistungen der Geschäfts-sitz des Architekten und für die Zahlungsverpflichtung des Auftraggebers dessen Geschäfts- oder Wohnsitz maßgebend.<sup>128</sup> Kommt es entgegen der vertraglichen Vereinbarung nicht zur Errichtung des Bauwerks, wird ein einheitlicher Erfüllungsort am Wohnsitz des Auftraggebers unterstellt.<sup>129</sup>
- **Ausbildungsverträge.** Bei Verträgen, deren Gegenstand die Erbringung von Schulungen bzw. Unterricht beinhaltet, ist der Kursort<sup>130</sup> bzw. der Internats-sitz<sup>131</sup> Erfüllungsort für die beiderseitigen Leistungspflichten.
- **Behandlungsverträge.** In Bezug auf ärztliche Behandlungsverträge oder mit einem Heilpraktiker geschlossene Verträge ist die Rechtsprechung nicht einheitlich. Überwiegend wird jedoch ebenfalls auf die vertragscharakteristische Leistung abgestellt und ein einheitlicher Erfüllungsort am Ort der Praxis

<sup>110</sup> AA BGH NJW 1991, 3095; BayObLG NJW-RR 2001, 928; NJW 2003, 366; AnwBl 2003, 120; OLG Hamburg BRÄK-Mitt. 2002, 44; OLG Köln NJW-RR 1997, 825; LG Magdeburg NJW-RR 2003, 130; LG Berlin MDR 2002, 1096; Anders/Gehle/Büningmann Rn. 18; krit. auch Scherf NJW 2004, 722.

<sup>111</sup> BGHZ 157, 20 = NJW 2004, 54; BGH NJW-RR 2004, 932; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174; LG München NJW-RR 2002, 206; LG Hanau MDR 2003, 1032; MüKoZPO/Patzina Rn. 25.

<sup>112</sup> OLG Dresden NJW-RR 2002, 929.

<sup>113</sup> Neumann/Spangenberg BB 2004, 901; ausf. zu Art. 5 Nr. 1 EuGVVO Rauscher NJW 2010, 2251.

<sup>114</sup> BAG NZA 1994, 479; 1986, 366; EuGH EuZW 2003, 412; LAG Baden-Württemberg ArbUR 2005, 165.

<sup>115</sup> BAG NZA 1994, 479.

<sup>116</sup> LAG Nürnberg BB 1969, 1271; LG Braunschweig GRUR 1976, 585 (586 f.); Rewolle BB 1979, 170.

<sup>117</sup> BAG NZA 2005, 297 mAnm Franzen IPRax 2006, 221; 2003, 339; EzA § 36 Nr. 18; NJW 2002, 3196; BGH ZIP 1985, 157; LAG Baden-Württemberg ArbUR 2005, 165; ArbG Chemnitz NZA 1997, 1362; Tappermann NJW 1973, 2096.

<sup>118</sup> BAG NZA 2003, 339; BAGE 95, 372; NJW 1995, 2373 (Zeugniserteilung).

<sup>119</sup> LAG Mainz NZA 1985, 540; ArbG Pforzheim NZA 1994, 384.

<sup>120</sup> BGH ZIP 1985, 157.

<sup>121</sup> BAG NJW-RR 1988, 482; LAG Berlin-Brandenburg ArbRB 2009, 171; LAG Baden-Württemberg ArbUR 2005, 165; ArbG Bayreuth NZA 1993, 1055; Müller BB 2002, 1095; Schulz NZA 1995, 15.

<sup>122</sup> LAG München (1 SHa 22/18) BeckRS 2019, 890.

<sup>123</sup> ArbG Regensburg NZA 1995, 96; Ehler BB 1995, 1849; Ostrop/Zumkeller NZA 1994, 644; ArbG Bamberg NZA 1995, 96.

<sup>124</sup> ArbG Dortmund NZA 2002, 1359.

<sup>125</sup> OLG Stuttgart BauR 1977, 72 mAnm Locher; OLG Frankfurt a. M. MDR 1993, 683 (684).

<sup>126</sup> BGH NJW 2001, 1936 mzustAnm Wenner EWiR 2001, 625; OLG Hamm NJW-Spezial 2012, 205; LG Kaiserslautern IBR 2006, 369.

<sup>127</sup> OLG Zweibrücken BauR 1990, 513 f.; LG Baden-Baden BauR 1982, 606; OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865; aA LG Mainz NJW-RR 1999, 670; LG Kaiserslautern NJW 1988, 652; Elzer IBR 2012, 2937.

<sup>128</sup> OLG Köln MDR 1994, 729; KG BauR 1999, 940; LG Ellwangen NZBau 2010, 255; LG Mainz NJW-RR 1999, 670.

<sup>129</sup> OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865 mwN.

<sup>130</sup> OLG Karlsruhe NJW-RR 1986, 351; (9 AR 29/12) BeckRS 2013, 05928.

<sup>131</sup> OLG Hamm (32 SA 54/15) BeckRS 2016, 01121; OLG Hamm NJW-RR 1989, 1530.

bzw. des Krankenhauses angenommen.<sup>132</sup> Diese Ansicht wird auch (bei nichtstationärer Behandlung) auf Zahnarztpraxen übertragen, bei denen sich deshalb ebenfalls der gemeinsame Erfüllungsort am Praxisort befinden soll.<sup>133</sup> Nach anderer Ansicht ist kein gemeinsamer Erfüllungsort angezeigt. Daher gelte unabhängig davon, ob es sich um stationäre oder ambulante Behandlung bzw. Behandlung in der Praxis eines niedergelassenen Arztes handelt, für die Verpflichtung zur Zahlung eines privatärztlichen Honorars nicht der Ort der Klinik oder Praxis, sondern der Wohnsitz des Patienten als maßgeblich.<sup>134</sup> Hierfür spricht insbesondere die zwingende Vorgabe des Erfüllungsortes durch das materielle Recht (§ 269 BGB). Zudem besteht der Schwerpunkt der wechselseitigen Leistungen aufgrund (auch nach der Verkehrssitte) meist nachträglicher Honorarbegleichung nicht einheitlich am Ort der Praxis und es fehlt an kumulativ erforderlichen Umständen, wie zB einer Abnahmepflicht des Patienten am Behandlungsort. Zudem besteht anderenfalls die Gefahr, dass § 29 in systematischem Widerspruch zu §§ 12 ff. (Beklagenschutz) zu einem reinen „Klägergerichtsstand“ verkümmert.<sup>135</sup>

- **Beherbergungsverträge.** Solche haben wegen der beiderseitigen ortsbezogenen Verpflichtungen den Gerichtsstand des Beherbergungsortes. Dies gilt auch dann, wenn der Gast das Hotel nicht aufgesucht hat,<sup>136</sup> da das keinen Einfluss auf die Vertragspflichten und deren Erfüllungsort haben kann und ansonsten die vertragswidrige Partei prozessual ungerechtfertigt nur am allgemeinen Gerichtsstand verklagt werden könnte.<sup>137</sup> Etwas anderes gilt für den Fall, dass der Beherbergungsvertrag für einen Kunden vom Reisebüro im eigenen Namen abgeschlossen wird; insofern kommt ein einheitlicher Erfüllungsort nicht in Betracht, sondern der Gerichtsstand für die Zahlungsklage ist dann regelmäßig der Sitz des Reisebüros.<sup>138</sup> Auch → Rn. 32 „Reiseverträge“.
  - **Beratungsverträge.** Bei der Verletzung von Pflichten aus einem Beratungsvertrag hinsichtlich einer Kapitalanlage ist der Ort des Beratungsgesprächs entscheidend. Dies gilt auch dann, wenn sich die Klage gegen mehrere Beklagte richtet.<sup>139</sup> Im Fall der telefonischen Beratung wird der (Wohn-)Sitz des Beraters für maßgeblich gehalten.<sup>140</sup>
  - **Bürgschaftsverträge.** Wegen des Anspruchs aus der **Bürgschaft** ist bei Fehlen einer anderweitigen Vereinbarung der (Wohn-)Sitz des Bürgen maßgeblich.<sup>141</sup> Der Erfüllungsort für die Bürgschaftsschuld richtet sich nicht nach dem der Hauptschuld.<sup>142</sup> Verpflichtet sich der Gläubiger dem Bürgen gegenüber, eine zur Sicherung der Hauptschuld bestellte Grundschuld an diesen abzutreten, so ist diese Verpflichtung am Sitz des Gläubigers zu erfüllen,<sup>143</sup> weil der Wohnsitz des Gläubigers als Schuldner der auf die Zession gerichteten Forderung des Bürgen für die Bestimmung des Leistungsortes ausschlaggebend ist, § 269 Abs. 1 BGB.
- 22 – **Darlehensverträge.** Es gilt kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17).<sup>144</sup> Das zuständige Gericht ist für die jeweilige Verpflichtung gesondert zu bestimmen. Für den Rückzahlungsanspruch ist daher als Gerichtsstand nicht das Geschäftslokal der kreditierenden Bank,<sup>145</sup> sondern der Wohnsitz des Schuldners (§§ 269 Abs. 1, 270 Abs. 1, 4 BGB) maßgebend.<sup>146</sup> Die Pflicht der Bank zur Gewährung des Darlehens ist dagegen an ihrem Sitz bzw. am Ort ihrer Niederlassung zu erfüllen.<sup>147</sup> Dies beinhaltet insbesondere die Rückforderung der sog. „Darlehensgebühren“ bzw. Bearbeitungsgebühren durch das Kreditinstitut, wobei sich der Erfüllungsort, der für die Beurteilung des § 29 von Bedeutung ist, dann entsprechend an dem Ort des kontoführenden Unternehmens befindet.<sup>148</sup> Liegt ein verbundener, etwa der Finanzierung eines Kraftfahrzeugs dienender Verbraucher-Darlehensvertrag vor, so ist der Wohnsitz des Darlehensnehmers entscheidend. Dies gilt sowohl im Hinblick auf einen Widerruf des Darlehensvertrages betreffende negative Feststellungsklage,<sup>149</sup> als auch bezüglich aller aus dem Rückgewährschuldverhältnis folgenden Ansprüche.<sup>150</sup>

<sup>132</sup> BGH NJW 2012, 860; BayObLG NJW-RR 2006, 15; MDR 2005, 677 (Belegarztvertrag); OLG Karlsruhe BeckRS 2010, 00033 = MedR 2010, 508; Celle NJW 1990, 777 f.; MDR 2007, 604; LG München NJW-RR 2003, 488; MDR 2003, 53; AG Rottweil NJW-RR 1999, 866; Schinnenburg MedR 2001, 401; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Ärztlicher Behandlungsvertrag“; Hauser MedR 2006, 332; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 34.

<sup>133</sup> AG Hamburg-Blankenese (531 C 241/15) BeckRS 2016, 15939.

<sup>134</sup> OLG Zweibrücken NJW-RR 2007, 1145; LG Hagen MedR 2009, 675; LG Magdeburg NJW-RR 2008, 1591; LG Mainz NJW 2003, 1612; LG Osnabrück NJW-RR 2003, 789; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; AG Köln NJW-RR 1995, 185; Prechtel MDR 2006, 246; vgl. auch LG Heidelberg NJW-RR 2014, 777; explizit gegen einheitlichen Erfüllungsort bei ambulanter Behandlung AG Münster (48 C 3429/18) BeckRS 2019, 959.

<sup>135</sup> AG Münster (48 C 3429/18) BeckRS 2019, 959.

<sup>136</sup> OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1297); LG Münster (03 S 125/17) BeckRS 2018, 2673; LG Kempten BB 1987, 929; Nettesheim BB 1986, 547 (548); AG Neuss NJW-RR 1986, 1210 (Ferienhaus); aA AG Münster (48 C 2016/17) BeckRS 2017, 127475; LG Bonn MDR 1985, 588; AG Freyung MDR 1979, 850; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 65.

<sup>137</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 35.

<sup>138</sup> BGH NJW-RR 2007, 777.

<sup>139</sup> OLG Zweibrücken NJW-RR 2012, 831; OLG Karlsruhe (9 AR 7/13) BeckRS 2013, 12648; OLG Brandenburg (1 (Z) Sa 42/13) BeckRS 2013, 12062.

<sup>140</sup> Vgl. OLG München (34 AR 336/12) BeckRS 2013, 01166.

<sup>141</sup> BGH NJW 1997, 398; 1995, 1546; BayObLG Rpfleger 2003, 139; OLG Düsseldorf NJW 1969, 380 (Wechselbürgschaft); MüKoZPO/Patzina Rn. 36.

<sup>142</sup> BayObLG BeckRS 2003, 30321855 = MDR 2003, 1103.

<sup>143</sup> BGH NJW 1995, 1546.

<sup>144</sup> LG Freiburg BKR 2016, 289.

<sup>145</sup> LG Kassel NJW-RR 1989, 106; Grüneberg/Grüneberg § 269 Rn. 10; Vollkommer BB 1974, 1316; BayObLG NJW-RR 1996, 956; aA AG Hamburg BB 1974, 1316.

<sup>146</sup> BGH NJW-RR 2005, 581; OLG Brandenburg (4 U 202/20) BeckRS 2022, 2640; OLG Stuttgart BB 1992, 2386; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG Düsseldorf RiW 2001, 63; MüKoZPO/Patzina Rn. 38.

<sup>147</sup> OLG Dresden ZIP 2001, 1531.

<sup>148</sup> AG Brandenburg (31 C 355/15) BeckRS 2016, 08470.

<sup>149</sup> KG Berlin (4 U 1048/20) BeckRS 2021, 2365; OLG Brandenburg (4 U 95/20) BeckRS 2021, 10379; OLG Saarbrücken (4 U 100/19) BeckRS 2020, 22237 (sog. Spiegelbildformel); OLG Köln (13 U 20/19) BeckRS 2020, 17120; OLG Stuttgart (6 U 316/19) BeckRS 2020, 15985; NJW-RR 2019, 1067 (1068); OLG Hamm (31 U 114/18) BeckRS 2019, 34977; (31 U 90/19) BeckRS 2019, 34978; (31 U 35/19) BeckRS 2019, 38910; aA LG Regensburg (83 O 1498/19) BeckRS 2019, 34725 (Sitz des beklagten Leasinggebers); LG Köln (34312) BeckRS 2019, 34312.

<sup>150</sup> OLG Saarbrücken (4 U 100/19) BeckRS 2020, 22237.